

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 30,-, monatlich 10,-, ...

Einzelnenpreis:

Die abendliche Ausgabe ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 3. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Entente-Note gegen Flugpolizei.

Berlin, 3. Januar. Die Völkervereinigung hat am 31. Dezember folgende Note an die deutsche Friedensdelegation in Paris gerichtet: Unter dem 4. Dezember haben Sie der Konferenz eine Note überreicht, in der die deutsche Regierung erklärt, an der Ansicht festhalten zu müssen, daß eine Ausüstung der Polizei mit Luftfahrzeugen weder gegen den Vertrag von Versailles, noch gegen die Abmachungen von Spa verstoßen würde.

Außerdem haben die alliierten Regierungen in ihrer Note vom 22. Dezember bei Erteilung der Genehmigung zu einer Berechnung der deutschen Polizei die Bedingung gestellt, daß diese mit einer Bewaffnung versehen würde, die ihrer Aufgabe zu entsprechen habe und von der Kontrollkommission zu bestimmen sei.

Le Ronds Abstimmungsentwurf.

Breslau, 3. Januar. (N.) Die die „Breslauer Zeitung“ in ihrer Montagmorgenausgabe mitteilt, hat die interalliierte Kommission in Opatowitz gemäß der ihr in der französischen Antwortnote vom 7. Dezember 1920 zugehenden Aufgabe bereits das Reglement für die Selbstabstimmung in Oberschlesien abgefaßt: Sie dürfte es in den nächsten Tagen amtlich veröffentlichen.

Als Stichtag für die nicht in Oberschlesien geborenen, aber dort wohnenden Abstimmungsberechtigten gilt der 1. Januar 1904. Von den in Oberschlesien wohnenden, aber nicht dort geborenen Personen sollen also nur die das Recht haben, an der Abstimmung teilzunehmen, die seit 16 Jahren ununterbrochen in Oberschlesien wohnen.

Nach dem Friedensvertrag soll dieser Stichtag nicht nach dem 1. Januar 1919 liegen. Die interalliierte Kommission glaubt also zum Nachteil der deutschen Wahlchancen 15 Jahre hinter diesen Zeitpunkt zurückgehen zu sollen.

Die Abstimmungsberechtigten werden in vier Kategorien eingeteilt, nämlich:

- 1. In Personen, die in Oberschlesien geboren sind und dort wohnen;
2. in Personen, die in Oberschlesien geboren, aber dort nicht anässig sind;
3. in Personen, die außerhalb Oberschlesiens geboren sind, aber dort seit dem 1. Januar 1904 über einem früheren Zeitpunkt ununterbrochen wohnen;
4. in außerhalb Oberschlesiens wohnende Personen, die dort am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz hatten, ihn aber infolge ihrer Ausweisung aus diesem Gebiete durch die deutschen Behörden nicht beibehalten haben.

„Diese Einteilung“, sagt das Wahlreglement, „erfolgt mit Rücksicht auf die Aufstellung der Stimmlisten je nach der Art der Zuwanderung, die die Stimmberechtigten zum Nachweise ihrer Berechtigung zur Eintragung in die Stimmlisten vorzutragen haben.“ Dazu bemerkt die „Breslauer Zeitung“: Wir erinnern uns wohl daran, daß die Polen noch einige Kategorien Abstimmungsberechtigter vorge schlagen haben. Die Kommission des Generals Le Rond hat aber mit der beschlossenen Differenzierung den polnischen Wünschen in einer Weise nachgegeben, die einem Diktat gleichkommt, insbesondere kann die Einrichtung einer besonderen Kategorie für die „Ausgewiesenen“ nur als eine lächerliche Geste betrachtet werden, die auf das ununterrichtete Ausland berechnet ist.

Ganz willkürlich bestimmt das Wahlreglement auch, daß 215.000 Polacken, die weniger als 100 Einwohner besitzen, mit

einer Nachbargemeinde dieselbe Urne benutzen, und Wahlbezirke, die bis zu 600 Einwohner zählen, weder einen eigenen paritätischen Ausschuss, noch ein eigenes Wahlbureau besitzen sollen und in bezug auf die Wahlvorbereitungen einer Nachbargemeinde angegliedert werden. Der Friedensvertrag sagt, daß das Abstimmungsergebnis gemeindefeindlich, und zwar nach der Mehrheit in jeder Gemeinde, festgestellt werden soll. Nun sind diese Wahlbezirke unzweifelhaft politische Gemeinden im Sinne der Landgemeindefeindlichkeit. Eine unterschiedliche Behandlung auch der kleinsten Wahlbezirke ist, wenn man bedenkt, daß das Abstimmungsergebnis der größten Stadt ebenso für sich festgestellt wird wie das des kleinsten Dorfes, das etwa einer Stadt vorgelagert ist, durch nichts gerechtfertigt und bedeutet ein Nachgeben gegenüber den polnischen Wünschen.

Ueber die Zeit und Fristbestimmung sagt das Reglement, daß am 10. Januar 1921 die interalliierten Arbeitsbureauaus konstituiert und vom 10. bis 14. Januar die paritätischen Gemeindefeindliche gebildet werden und mit dem 14. Januar die dreiwöchige Frist für die Eintragung in die Stimmlisten zu laufen beginnt. Am 3. Februar, 6 Uhr abends, ist Schluß der Eintragung, am 6. Februar Beginn der Auszählung der vorläufigen Stimmlisten und Beginn der zwölfstägigen Frist für die Einreichung von Einsprüchen. Am 3. März, 6 Uhr abends, Ablauf der Frist für die Entscheidung der Interalliierten Bureauaus über die Einsprüche. Am 8. März Entscheidung der Interalliierten Kommission über die Einsprüche.

Die Wahltag, sagt das Wahlreglement, werden durch die Interalliierte Kommission später bekannt gemacht. Das soll — wie eine Bekanntmachung im Opatowitz Amtsbblatt der Interalliierten Kommission bereits vor längerer Zeit besagt — rechtzeitig geschehen. Hiernach kann die Abstimmung also nicht vor Mitte März erfolgen.

Man sieht aus diesen Stichproben aus dem Abstimmungsreglement, so schließt die „Breslauer Zeitung“, daß es den aus den besten Verfassungen bekannten Wünschen der polnischen Bevölkerung über alles Maß und zum allergrößten Nachteil für die deutschen Wahlchancen entgegenkommt. Vor allen Dingen muß es starkes Bestreben erregen, daß bei den Vorbereitungen über dieses Abstimmungsreglement weder, wie man doch zum mindesten hätte erwarten dürfen, der paritätische Beirat, noch Vertreter des deutschen Plebiszitärkommissariats oder sonst irgendwelche Vertreter der deutschen ober-schlesischen Bevölkerung hinzugezogen worden sind. Es dürfte aber kaum zu viel behauptet sein, daß der Einfluß der polnischen Partei auf jeder Zeile des Abstimmungsreglements herauszufallen ist.

Beratungen über die Entwaffnung.

Paris, 3. Januar. In einem Sonderdelegatengremium aus London wird festgestellt, daß der französische Votschaffter gestern der englischen Regierung den Text der letzten Note über die Entwaffnung mitgeteilt habe. Die englische Regierung erwiderte nunmehr noch den Bericht des Marschalls Joch. Die Angelegenheit werde jedenfalls zu Beginn der Woche erneut dem Ministerrat geprüft werden. In englischen diplomatischen Kreisen sei man einigermaßen erstaunt darüber, daß die Angelegenheit in so kurzer Zeit aufgerollt wurde und daß die Kontrollkommission in Deutschland bis zum 23. Dezember erwartet habe, um von der bevorstehenden Lage Kenntnis zu geben. Engländer seien sogar im Auge zu verlangen, daß die Kontrollkommission unter der Kontrolle des Votschaffterrats gestellt werde, damit man in Zukunft Hinweise und Aufforderungen lange vor dem Verfall erhalte, anstatt, wie es jetzt geschieht, sich gewissermaßen am Vorabend der Ereignisse benachrichtigt zu sehen. Man vertritt die Meinung, daß die Engländer Zeit haben wollen, die Frage zu studieren und darüber nachzudenken, damit nichts überstürzt werde. Man glaube deshalb, daß die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten von England, Frankreich, Italien und Belgien und des japanischen Votschaffters in Paris nicht vor Ende kommender Woche ins Auge gefaßt werden könne. Die Angelegenheit sei zu ernst, um von der Votschaffterkonferenz beraten zu werden, sie müsse dem Obersten Rat überwiesen werden.

London, 3. Januar. „Daily Chronicle“ schreibt in seinem Leitartikel, Bayern und Ostpreußen seien die zwei Gebiete, wo die deutschen Militärs ihre Kräfte sammeln, um wieder die Führung in Deutschland an sich zu reißen. Die ablehnende Haltung der Berliner Regierung in bezug auf die Entwaffnungsfrage sei weniger auf bösen Willen als auf Furcht zurückzuführen.

Verhandlungen in Irland.

New York, 3. Januar. Der Sekretär des Grenzfürstern der Valera teilte mit, der Präsident der irischen Republik de Valera sei Donnerstag in Irland gelandet.

London, 3. Januar. „Observer“ berichtet, daß die Unterhandlungen, die eine Annäherung zwischen den Sinnfeinern und der englischen Regierung bezwecken, ihren Fortgang nehmen. Man hoffe, daß die Ankunft de Valeras in Irland den Weg zum Frieden etwas weiche.

Bethmann Hollweg gestorben.

Vor wenigen Tagen ging ein ewig Lebendiger von uns — Karl Legien. Und jetzt ist ein Mann gestorben, der schon lange tot war — Theobald v. Bethmann Hollweg!

Der Kanzler des Weltkriegs ist in der Nacht zum 2. Januar auf seinem märkischen Gut Hohenfinow einer Lungenentzündung erlegen, die ihn ganz plötzlich gepackt hatte. Als ziemlich einsamer Mann ist er draußen, wo er vor 64 Jahren geboren war, gestorben, nachdem er seine Frau, seinen im Krieg gekallenen Sohn, seinen Ruhm und das Kaiserreich überlebt hatte, dessen fünfter Reichskanzler er gewesen war.

Wenige schienen so vom Glück erforsen wie er, und wenige schienen es so zu verdienen. Denn Theobald v. Bethmann Hollweg war unzweifelhaft ein braver Mann. Er hatte nicht nur die Tradition einer gebildeten und begüterten Familie, die ihn über das durchschnittliche märkische Landjunkerturn emporhob, er hatte nicht nur die Schicksalsgnade, einer von jenen zu sein, auf deren Gütern der Kaiser zu jagen liebte, er war auch ein besinnlicher, rechtschaffener, fleißiger Mann, der es mit jedem seiner Aemter ernst nahm und das Beste zu leisten strebte. Bei soviel Arbeit und soviel Protection konnte auch die Karriere nicht ausbleiben.

Mit 40 war Bethmann nach Landrat, dann begann sein rascher Lauf nach oben. Er wurde Oberpräsident, dann Oberpräsident der Mark Brandenburg, im Jahre 1905 preussischer Minister des Innern. Seine Antrittrede, in der er unter reichlichem Aufwand gebildeter Bitate die Kräfte feierte, „die nach aufwärts streben“, fand den begeisterten Beifall der stets hoffnungsvollen liberalen Presse, aber nur zu schnell sollte sich zeigen, daß die karitativ-bourgeoische Ideologie, mit der sich der neue Polizeiminister schmückte, zunächst nicht viel mehr als Staub auf der alten Postkassette war, daß Herr v. Bethmann, trotz seiner theoretischen Vorliebe für die Kräfte, die nach aufwärts streben, mit anglistischer Pöbelerei (dies war überhaupt eine seiner hervor- stehenden Charaktereigenschaften) an dem alten preussischen Dreiklassenwahlrecht festhielt. Dieses Nicht- loskönnen von dem Preussentum aus der Zeit Friedrich Wilhelms IV. bildet die Tragik in Bethmann Hollwegs politischem Leben, es machte den Mann zu einem halbten, gebrochenen Charakter, denn ein Junferpreuße von echtem Schrot und Korn ist er niemals gewesen, seine Rücksichtslosigkeit, sein Gräßlichkeit, wohl auch sein Redensgefühl machte ihn zu einem Antipoden jener Polten und Götzen, deren Typ etwa der Herr v. Eldenburg-Jansschoen darstellt. Die Junfer kommen den kranken, langweiligen, gewissenhaften Theobald niemals leiden, er blieb ihnen stets verdächtig. Und doch blieb er in seiner Abhängigkeit von ihnen, er wurde den innern Landrat niemals los.

Im Jahre 1907 wurde Bethmann Staatssekretär des Innern, zwei Jahre später, als Wilhelms vierter Sohn geboren wurde, Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident. Die Wahlrechtskämpfe dauerten in Preußen fort, aber ergebnislos, wie die Verfassung für Elsaß- Lothringen geschaffen, die dem Reichsland mit einer gewissen Selbständigkeit auch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht verlieh. Die Sozialdemokraten, unter Ludwig Franks unvergeßlicher Führung, hatten auf dem gleichen Wahlrecht für Elsaß-Lothringen bestanden, einmal, weil sie von der Demokratisierung gerade des Reichslandes eine Verbesserung des Verhältnisses zu Frankreich erhofften, dann aber auch, weil sie sich sagten, daß man den Preußen auf die Dauer nicht verjagen könne, was man den Reichsländern gemährt hatte. Die Liberalen, selbst Rautmann, hielten diese Politik zunächst für ganz aussichtslos, aber die Sozialdemokraten bestanden auf ihr und lehnten sie durch Herr v. Bethmann akzeptierte für Elsaß-Lothringen das allgemeine, gleiche Wahlrecht.

Was hier gut zu machen begonnen wurde, wurde in barbarischer Weise zerstört durch die Habernaffäre. Hier verlor Herr v. Bethmann Hollweg nach einigen bescheidenen Verdiensten der Aufzeichnung des Reichs vor der Nacht der Offizierskaste. Diese Habernaffäre war in gewissem Sinne der Auftakt zum Weltkrieg, sie enthüllte die vollständige Ohnmacht der Zivilmacht gegenüber der Militärmacht, sie zeigte, daß in Deutschland zwei Sorten von Politik nebeneinander- und durcheinanderliefen, von denen die eine brutal geriet, was die andere mühevoll und behutsam onspann, und daß jene brutale Sorte in jedem entscheidenden Augenblick den Sieg über die andere davontrug.

Bethmann Hollwegs auswärtige Politik war friedliebend. Der Nachfolger Willows hatte eine schwere Erbschaft übernommen, die mit Marokkofrise und Flottenwettrüsten in verhängnisvoller Weise belastet war. Bethmann arbeitete zunächst an einer Verbesserung der Beziehungen zu England, was ihn bekanntlich in einen scharfen Konflikt mit dem Führer der preussischen Reaktion, Herrn v. Heydebrand, und dessen jugendlichen Trabanten, dem damaligen Kronprinzen, brachte. Aber auch eine Verbesserung des Verhältnisses zu Frankreich lag in Bethmanns wei-

teren Absichten. Das zeigte nicht nur sein Verhalten in der reichsständischen Verfassungsfrage, sondern auch der Umstand, daß er die Berner parlamentarischen Konferenzen, auf denen sich deutsche und französische Abgeordnete der verschiedenen Parteien vereinigten, im stillen begünstigte. Erst während des Krieges wurde bekannt, daß jene bürgerlichen Reichstagsabgeordneten, die nach Bern zur Verständigungskonferenz gegangen waren, damit den Rat Bethmann Hollwegs befolgt hatten.

So darf man glauben, daß im kritischen Juli 1914 kein Staatsmann den Weltkrieg weniger gewollt hat als Bethmann Hollweg. Aber zum Verböngnis wurde ihm jetzt seine mangelnde Schulung auf dem Gebiet der auswärtigen Politik und sein Verlangen gegenüber verhandlungsfähigeren Energien. Bethmann sah die Anfänge des Weltkriegs aus rein ethischen Gesichtspunkten, er war über den Märtenmord von Sarajewo ehrlich entsetzt, und er war zugleich naiv genug zu meinen, daß diese Entzündung überall geteilt werden und den entscheidenden Faktor bei der Lösung der Weltkrise abgeben müsse. Ganz besonders blieb ihm ewig unüberwindlich, daß es der Jar „mit Fürstenthümern“ hieß. Der Kanzler des Deutschen Reichs ging also in den Krieg oder richtiger, er stolperte in ihn hinein in dem Zustande aufrichtiger moralischer Beschränkung und in der Ueberzeugung, daß Deutschland die sittlich bessere Seite vertrat, wobei ihm freilich die Verletzung der baltischen Neutralität schwer auf Herz fiel.

So sprach er am 4. August das berühmte Wort von dem „Unrecht an Belgien“, das wir später einmal wieder aufmachen müßten, ein Wort, das so wahr und so prophetisch war wie nur irgendeines und das ihm gerade deshalb die wütende Feindschaft aller Säbelpolitiker und ihres journalistischen Anhangs zuzog. Einer von ihnen schrieb damals — oder eigentlich etwas später — Bethmanns Wort bedeute „eine verlorenene Schlacht“ (jetzt ist er ein berühmter „kontinentalpolitiker“).

Bethmann war auch später im ganzen Verlauf des Krieges nie ein Anbeter der blinden Gewalt. Er kam im Gegenteil den Auffassungen der Sozialdemokratie innerlich immer näher, blieb aber ein äußerlich und schließlich auch innerlich Gebundener durch das Gewicht der Tradition und die elementare Macht der mechanisch wirkenden Kräfte. Er glaubte nicht an den „Siegfrieden“, den die Schreier auf allen Seiten verkündeten, er sah die einzige Hoffnung im „Verständigungsfrieden“, dem er zustrebte, während indessen stärkere Ströme seinen Willen immer wieder vom Ziele ablenkten. Er begriff, daß Deutschland, auch wenn es in der Verteidigung siegreich blieb, nicht als das alte junkerliche Preußen-Deutschland aus dem Kriege hervorgehen könne — und er empfand doch wieder vor dem Neuen, das da heraufkommen sollte, eine geradezu lähmende Angst. War er auf dem Gebiet des Preußenwachstums zu Jugendschicksalen bereit, so war er doch in der Frage des parlamentarischen Systems keinen Schritt weiter zu bringen.

So verließ seine ganze äußere und innere Politik als ein schiefes Kompromiß zwischen Altbauismus und Sozialdemokratie, Demokratie und Reaktion. Sie führte schließlich zur Krise im Juli 1917, da der Kanzler das Vertrauen der Rechten vollständig verloren, aber auch das Vertrauen der Linken nicht erwarben hatte. Es ging damals um die berühmte Friedensresolution des Reichstags, der Bethmann, unter militärischem Einfluß, zunächst heftig widerstrebte, nach seinem Sturz meinte er freilich gesprächsweise, diese Resolution sei vielleicht ganz gut gewesen.

Am 14. Juli 1917 wurde Bethmann entlassen, und sein Nachfolger wurde — Michaelis! Die Katastrophe des persönlichen Regiments enthielt sich. Was war von einem Regierungssystem zu halten, das dem Deutschen Reich in solcher Zeit keinen anderen Führer wußte! Aber freilich, man war ja längst auf den Gedanken eingeschworen, daß politische Führung nichts als eine schädliche, direkt zensurverdächtige Hemmung der Kriegführung sei. Der Säbel, der haut, die

Flinte, die schießt das U-Boot, das torpediert, das Luftschiff, das Bomben wirft, das Gas, das vergiftet, das war der Inhalt der deutschen Politik geworden, und Gedanken machte man sich überhaupt nicht mehr, wenn nicht strategische.

Es war das Unglück des armen Theobald v. Bethmann Hollweg, daß er sich Gedanken machte. Das trug ihm den Satz der Kapp, Ludendorff, Tirpitz ein, daran mußte er als Kanzler sterben. Und das Tragische dabei ist, daß seine Gedanken, die ihm so sehr schaden, dem deutschen Volke gar nicht geholfen haben, denn sie wurden niemals zur entschlossenen führenden Tat. Allerdings kann man daran zweifeln, ob überhaupt irgendein Mann imstande gewesen wäre, die Schlingen der deutschen Schicksalsstränge durch eine große Tat zu zerschneiden. Deutschland retten, das hätte damals Wilhelm Kaiserreich retten geheißen — und dieser war nicht zu retten, selbst nicht von einem Gott!

Wie Bethmann-Hollweg starb.

Zum Hinscheiden des früheren Reichskanzlers von Bethmann Hollweg erlahnen wir folgenden: Herr von Bethmann Hollweg war bis in die letzten Tage geistig und körperlich frisch und tätig gewesen. Am vergangenen Mittwoch zeigte sich die erste Spur der Erkrankung. Nach der Rückkehr von einem Spaziergang wurde er in seinem Schlafzimmer ohnmächtig vorgefunden. Der Arzt stellte eine Rippenfell- und Lungenentzündung fest. Am Donnerstag war Herr von Bethmann Hollweg geistig noch frisch und brachte einige Zeit in lebhaftem Gespräch mit einem Besucher. Am nächsten Morgen stellte der aus Berlin berufene Professor Dr. Lazarus fest, daß es sich um eine schwere doppelseitige Erkrankung handelte. Die Krankheit machte rapide Fortschritte. Am Abend zeigten sich leichte Bewußtseinsstörungen. Die Nacht verbrachte der Kranke ziemlich ruhig. Am Sonnabend morgen trat ein schwerer Schwächeanfall ein und seitdem war der Kranke ohne Bewußtsein. Im Laufe des Tages schien zeitweilig eine leichte Besserung einzutreten. In der zweiten Morgenstunde des Sonntags ist Herr von Bethmann Hollweg verstorben.

Das Weileid des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat an den Sohn des verstorbenen Reichskanzlers von Bethmann Hollweg folgendes Telegramm gerichtet: Mit dem Gehalt lebhafter Trauer erhalte ich soden die Nachricht von dem unerwarteten Ableben Ihres von mir sehr geschätzten Vaters und bitte Sie und Ihre Angehörigen, die Versicherung meiner aufrichtigen und herzlichen Teilnahme entgegenzunehmen. Reichspräsident Ebert.

Der Reichskanzler Fehrenbach hat gleichfalls ein Weileidstelegramm an die Hinterbliebenen geschickt.

Stinnes winkt — Siemens gehorcht.

Zu dieser Zeit in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 29. Dezember, die im Anschluß an Mitteilungen des „A. T.“ geschrieben wurde, sendet uns Herr Karl P. von Siemens die Abschrift eines Schreibens, das er am 10. Dezember an den Außenminister gerichtet hat. In diesem Schreiben begründet Herr v. Siemens seine Ablehnung, als Delegierter der deutschen Regierung nach Brüssel zu gehen, im wesentlichen mit der Unmöglichkeit, sich in so kurzer Zeit auf die Verhandlungen in genügender Weise sachlich vorzubereiten. Das Schreiben enthält u. a. folgende Sätze:

Wie ich Herrn Geheimrat v. Simon schon erklärt habe, hatte ich mich bisher mit der in Frage stehenden Materie in keiner Weise eingehend beschäftigt; noch war ich an den Beratungen und Verhandlungen über die Frage der Ausführungsart der Wiedergutmachung beteiligt. Die mir übergebenen Unterlagen haben mich auch nicht in den Stand gesetzt, ein eingehendes Bild zu gewinnen, welches sich wohl auch nur durch Anteilnahme an den Beratungen der Sachverständigen erwerben läßt.

Wir bezweifeln nicht, daß dieses Schreiben die Gründe enthält, aus denen Herr v. Siemens seine Beteiligung an der Delegation abgelehnt hat. Es ist freilich alle Gründe enthält und ob die angeführten Gründe die einzigen sind, das ist eine andere, schwere zu beurteilende Frage.

Die Unterbrechung der Schwangerschaft.

Wir brachten im Abendblatt vom 30. Dezember den Warnruf Prof. Abderhaldens gegen die Freigabe der Fruchtstreu mit allem erforderlichen Vorbehalt und in der früheren Erwartung, daß von den Verantwortlichen der Bewegung die erforderliche Aufregung erfolgen würde. Hier ist die Genossin Dr. Kollwitz, die durch seine langjährige Praxis in der Arbeiterkassen ihre sozialen Räte kennt und darum besonders zur Beurteilung dieser Frage berufen ist, schreibt uns:

Es ist richtig, daß mit dem Eintritt der Schwangerschaft gewaltige Veränderungen im Organismus der Mutter sich vollziehen und daß mit der Unterbrechung der Schwangerschaft diese sich plötzlich zurückbilden und damit bedeutende körperliche und seelische Umstimmungen hervorrufen. Es ist ferner richtig, daß jeder willkürliche Eingriff zur Beseitigung der Schwangerschaft körperliche Beschädigung der Schwangeren mit sich bringt. Hierin stimmt jeder Sachverständige mit Prof. Abderhaldens überein. Aber es ist ebenso unrichtig damit die Aufrechterhaltung der rigorosen §§ 218/219 des Strafgesetzbuchs, die die Fruchtstreuung mit Gefängnis und Zuchthaus bestrafen, zu begründen. Kein Mensch, der gegen diese terroristischen Bestimmungen ankämpft, denkt daran, die Fruchtstreuung zu empfehlen. Jeder ist sich bewußt, daß sie ein armseliger Notbehelf ist, der wegen seiner Unnützigkeit und Schädlichkeit möglichst bald aus der Welt geschafft werden muß, aber nicht mit Zuchthausparagrafen, sondern durch Hebung der sozialen Lage, durch Erleichterung der Verheiratung, durch Hebung des sozialen Bewusstseins im einzelnen, durch Aufklärung und Beratung. Die Verheißung der §§ 218/219 verbietet sich aus dem Grunde, weil sie bisher nutzlos gewesen ist und trotz ihres Bestehens die Zahl der Fruchtstreuungen immerfort zugenommen hat und wegen des sittlichen Schadens, den sie anrichtet. Alle die zahllosen verheirateten und unehelichen Frauen, welche die Abtreibung selbst vornehmen oder bei sich vornehmen lassen, werden so zu Verbrecherinnen gestempelt, darunter auch solche, welche die Fruchtstreuung aus schwerwiegenden sozialen Gründen vorgenommen haben, um die Existenz ihrer Familie und die Gesundheit der schon vorhandenen Kinder zu sichern.

Abderhaldens betont den seelischen Schaden, den die Fruchtstreuung für die Frau mit sich bringt. Er ist gewiß vollkommen, wird aber dadurch erst recht gestützt, daß durch das Gesetz die Frauen zur Verheiratung gezwungen werden und sich als Mitglieder der Gesellschaft gestellt fühlen. Dazu kommt, daß sie infolge der Notigung zur Geheimhaltung zu Kurzfußern und nicht sachlich Kundigen gehen oder zum ungeschickten Selbsthelfern greifen und auf diese Weise schwer geschädigt werden. Der hierdurch her-

bebrachte Schaden ist ein ganz gewaltiger und dürfte mindestens nicht geringer werden, wenn nach Beseitigung der Strafparagrafen die Frauen sich offen an den Sachverständigen wenden. Ich habe es für sehr wahrscheinlich, daß nach Aufhebung der Strafparagrafen, wiewohl nicht sofort, aber bald die Zahl der Fruchtstreuungen mindestens nicht ansteigen und daß die Häufigkeit der festlichen Verkündungen und der Todesfälle abnehmen wird. Es ist eine ins Ungeheure übertriebene Befürchtung Abderhaldens, daß nach der Strafaufhebung alle Gesetze der Eitel vernichtet würden und die Bevölkerungsziffer rasch sinken würde.

Gelingt es, die sozialen Verhältnisse aufzubessern, werden von der Gesellschaft Maßnahmen getroffen, welche das Aufziehen der Kinder erleichtern, gelingt es, die seelische und sittliche Durchbildung der Volksgenossen in erforderlichem Umfang zu vertiefen und das Verhältnis der Geschlechter zueinander über das gegenwärtige Maß zu verbessern, dann werden trotz der Abschaffung der Strafparagrafen die Fruchtstreuungen bis zum Verschwinden abnehmen. Gelingt es nicht, so wird es trotz Verbesserung dieser Verhältnisse und trotz eventueller Verschärfungen so unerträglich bleiben, wie es jetzt ist. Also beseitigen wir die Paragrafen 218/219 oder ändern wir sie mindestens radikal ab.

„Don Pasquale.“ Der „Verein Berliner Presse“ hatte die treffliche Idee, zu gutem Zweck einen Sonntagvormittag durch heitere Musik fügen zu lassen. Die von Bierbaum und Klefeld vor zehn Jahren zurechtgeputzte Schaurie von dem freunden, gebürtigen und geübten alten Junggesellen, der zuletzt froh ist, seine Kurusa an ihren Liebhaber wieder los zu werden, diese Kostbarkeit von neuemst Musikspielen ist vom Vater der Lucia und der Regimentskocher mit edelster, sang- und singstropher Wust-Musik überschüttet worden mit Melodien, die sich in Ensemble, in Arien, selbst im ziemlich untermalten Parlando aneinanderreihen und miteinander freuen. Unter den 100 Opern des schnell arbeitenden Maestro die lebendigste, ein erstrahlender Zweig am Baum Raffinierter Koloratur-Fertigkeit, und letzten Endes eine Vorahnung des Verdi-Falsch. Als das brachten uns die Münchener unter Wallens geistvoller Leitung mit italienischem Spielweise nahe. Seilens-Winkler hatte das kleine Orchester vorzüglich eingelebt, auch der Dienstbotensbar „Nappie“, die Musik des großen Raumes, den Stimmen nicht überall zuträglich, wurde schließlich von allen bemerkt. Josef Weiss: ein überlegen schaltender und charakterisierender Pasquale, Broderien als Malotcha von besonderer Stimmungsbegabe; art im Fühlen und Singen der schöne Tenor Carl Erbs und auch in der kleinen Partie des Notars ein ganzer Künstler: Robert Döfing. Dann singt, lacht, tänzelt und takt eine Frau in dieser lomiischen Oper, schwingt sich mit selbstverständlicher Träuber auf die Trage der Koloraturen, ionisiert mit Tönen und Verzierungen, befeht mit dem ganzen Chöre einer einzigen schaukelnden Naturbegabung diese ziemlich tolle, die nach der Sembrich keine Sängerin ersieht. Und alle sind ihr untertan, die da sehen und hören: Maria Trovoin.

Linksradikal-Häusliches.

Die Unabhängige Partei wollte am Sonntagvormittag im Lustgarten eine Protestkundgebung gegen den weißen Schrecken in Ungarn veranstalten. Als die einzelnen Trupps am Versammlungsort eintrafen, fanden sie die Rednerplätze bereits von Anhängern der beiden kommunistischen Parteien besetzt. Ehe noch die Redner der Unabhängigen Aufstellung nehmen konnten, begannen die Kommunisten mit ihren Ansprachen. Es kam dabei zu feierlichen Szenen und sogar zu Tätlichkeiten. Einigen Abgeordneten gelang es zwar, sich Gehör zu verschaffen, doch gingen ihre Ausführungen in dem allgemeinen Tumult unter. Die Unabhängigen zogen schließlich nach ihren Versammlungsorten ab. Bald darauf zeigte der Lustgarten wieder sein gewöhnliches Aussehen.

Die Kriegsgeschäfte bei der Wumba.

Wie das kaiserlich-militärische Deutschland wirtschaftete.

Die Untersuchung gegen die in die Affäre Meng verwickelten Personen schreitet, wie die B.S.-Korr. meldet, verhältnismäßig nur langsam vorwärts, da die Herbeischaffung der notwendigen Belege, Rechnungen und Kassenbücher der Wumba und der militärischen Beschaffungsstellen mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist. Das gesamte Material der 2000 Beschaffungsstellen, die es im Kriege gab, befindet sich bei der Oberrechnungskammer und dem Rechnungshof und insolgedessen bedarf es geraumter Zeit, um aus dem riesenhaften Material das Gewünschte herauszufinden. Die Wumba, eine der größten militärischen Beschaffungsstellen, hatte bezeichnenderweise keine kaufmännische Geschäfte- oder Buchführung. Die Objecten gingen an die Wumba, die Aufträge erfolgten von getrennten militärischen Stellen und die Verrechnung ging wiederum über besondere Militärkassen. Insolgedessen dürfte sich das gesamte Material kaum restlos beschaffen lassen.

Die verhafteten Essener Fabrikanten werden jetzt nach Berlin transportiert, um den hier verhafteten Angestellten der Wumba gegenübergestellt zu werden. Bei den Nachforschungen über die Vergangenheit der Besonnenen hat sich über Heering, der in den Verdacht fiel, zusammen mit Meng die Verträge bei der Wumba signiert zu haben, mancherlei Interessantes ergeben. Heering war früher Lehrer, ließ sich im Amt jedoch eine Expresse und Verträge zu schulden kommen und wurde deshalb von seinem Posten entfernt. Werthwärtigerweise sind diese Vergehen nicht in die Stammliste Heerings aufgenommen worden, und so gelang es ihm auf seinen Antrag, zur Wumba versetzt zu werden. Die Nachprüfungen der Vermögensangaben des Lieferanten Meng werden zurzeit noch fortgesetzt. Meng hat in seiner Erklärung zum Reichstagsprotokoll ein Vermögen von 750 000 Mark angegeben, obwohl er an einer Essener G. m. b. H., die mit einem Kapital von 12 Millionen gegründet worden ist, Hauptaktionär ist.

Zusammenschluß Mittelamerikas.

Paris, 3. Januar. In der hiesigen Ausgabe der „Daily Mail“ wird nach spanischen Blättern die Nachricht über die Einigungsbestrebungen zwischen den mittelamerikanischen Republiken dahin ergänzt, daß Guatemala, Honduras, Nicaragua und Costa Rica sich unter dem Namen Vereinigte Staaten von Mittelamerika als Bundesrepublik zusammenschließen hätten. Der neue Staat werde eine einzige Flagge führen und nur einen gemeinsamen diplomatischen Vertreter bei den einzelnen Mächten bestellen. Auch das Geldwesen werde vereinheitlicht werden.

Er hat die größte Zeitung! Herr Stinnes hat kein Projekt, die von ihm aufgekauft „D. N. B.“ zur größten deutschen Zeitung zu machen, jetzt vermittelte. W. 1. Januar 1921 ist die „D. N. B.“ die größte deutsche Zeitung — wenigstens dem Formate nach! Dazu hat sich Stinnes eine neue Redaktion zugelegt, in der die Geschäfte freilich nicht ganz so hoch gewachsen sind wie das Zeitungsjournal.

Franz Desregger †. Wie aus München gemeldet wird, ist dort der Maler Franz v. Desregger im 86. Lebensjahre gestorben.

Wange Jahre hindurch hat Franz Desregger zu den populärsten deutschen Künstlern gehört; in allen Galerien fanden sich seine Bilder, in allen illustrierten Blättern wurden sie wiedergegeben. Das bildhafte Tiroler Maler mit den weichen Reden, der lehrreiche Vorkämpfer des Realismus, der in seiner Formung den breiten Schichten des Kleinbürgerlichen Publikums ein. Selber ein Tiroler Bauerntöchter (aus dem Buxtehalm), hatte er es dank seiner Begabung und seines Fleißes verstanden, das Tiroler Volksleben für die Genremalerei und das geschichtliche Bild zu erschließen und in ungeheurer Variationen treuherzig oder humoristisch oder auch mit dem großen Apparat, den er in Paris und bei Pisto gelemt hatte, zu erzählen und zu erbauen. Von dem braunen Ton ist er so wenig freigekommen wie von der archaischenhaften oder historisierenden Einstellung seiner Bilder. Aber das war gerade, was das große Publikum wollte. Tirol kam in Mode, es gewährte noch soviel Unschicklichkeit und Komik, wie man es vermag. Dabei verfehlte Desregger seinen Bewahrer nicht die Freude daran durch unzeitlichen Naturalismus oder soziale Noten. Seine Bilder sind ebenso sauber in der Technik wie drav in der Gestaltung. In der Nationalgalerie haben wir gute Beispiele für seine Genremalerei („Der Salontiroler“) wie für seine historischen Schaustücke („Heimkehrender Tiroler Landsturm 1809“). Von der poetischen Schönmalerei ist inzwischen selbst das Tiroler Bild abgekommen, hat die Wucht der Primitivität und die Monumentalität aus den Tiroler Freiheitskämpfern heraus empfunden.

Heute erscheint uns Desreggers Kunst trotz ihrer relativ künstlerischen Höhe als längst überholte Entwicklungsstufe. Aber der junge Desregger war doch einmal neu und frisch, er brachte in das kühne und kitzliche Genrebild, das seit der Düsseldorfer Zeit immer den Geschmack des breiten Bürgertums bestimmte, stärkeren Realismus und lebendigere Farbe. Auch im Historienbild, das bei ihm von der legendären Welt Hofers und der Seinen lebte, hoße er für das zurückgebliebene Tirol nach, was in entwickelteren Landschaften schon erblüht war.

So repräsentiert Desregger in seiner sympathischen Persönlichkeit — als Professor in München wirkend und mit allen landesüblichen Ehren ausgezeichnet — eine sonst bereits historisch gewordene Epoche der deutschen Malerei, die dank seiner Stoffe, seiner lebenswichtigen und klugen Art und seines langen Lebens weit über ihre Zeit fortzuleben schien.

Deutsches Dampfergeschick. Der ehemalige Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd „Kronprinz Wilhelm“, ein Meisterwerk der deutschen Schiffbaukunst, wird nach dem „Prometheus“ mit einem Kostenaufwand von 10 Millionen Dollars als Ausstellungsobjekt zur Verherrlichung der amerikanischen Industrie hergerichtet. Das Schiff soll in allen größeren Hafenstädten die auf ihm untergebrachte große Waren- und Maschinenausstellung zeigen.

Russische Vorstellungen wird Col. Bronsky, Mitglied des Petersburger Theaters, demnach im Kleinen Theater wochentags nachmittags veranstalten.

Groß-Berlin

Der Sprung ins neue Jahr.

Der Jahresabschluss hat sich in Berlin in der gewohnten lustigen Form bei Regenwetter und Frühlingstemperatur vollzogen. Silvesterabend und Neujahrsmorgen sind verhältnismäßig ruhig verlaufen. Der Verkehr in den Lokalen war zum Teil sehr gut, das Straßenbild dagegen trug ein bedeutend weniger lebhaftes Gepräge als im Vorjahre, da der in den Abendstunden einsetzende ziemlich heftige Regen das Promenieren nicht zum Vergnügen machte. Trotzdem ging es in der Silvesternacht in den Straßen lebhaft und laut zu. Nicht nur in der Friedrichstadt, sondern auch in allen anderen Stadtteilen waren verschiedene Straßenzüge und Plätze stark belebt, und neben harmlosen Späßen lustiger, angeheiteter Menschen trieben Halbberauschte sowie Betrunkene mit Feuerwerkskörpern und Revolvergeschüssen gefährlichen Inszenierungen. Abgesehen davon, daß manche Reugierige durch Brandstellen erheblichen Schaden an Kleidungsstücken erlitten, gab es auch mehrere Unglücksfälle, von denen einer sogar tödlich verliefen ist. Der 30 Jahre alte Tischler Max Drews aus der Pettenhoferstr. 43 hatte sich in der Silvesternacht am Comeniusplatz aufgehalten und dort dem lebhaften Treiben zugegesehen. Wählich erlitt er über dem rechten Auge eine so schwere Verletzung, daß er bald darauf an deren Folgen verstarb. Es wurde zunächst angenommen, daß es sich um eine durch ein Sprengstück eines Feuerwerkskörpers herbeiführende Verletzung handelte. Eine genauere Untersuchung ergab jedoch, daß sie von einer Revolverkugel herrührte. Wahrscheinlich hat irgendeiner in der Trunkenheit Schüsse aus seinem scharf geladenen Revolver abgegeben. Der Täter konnte bei dem großen Durcheinander nicht ermittelt werden.

Maskenball mit „echten“ Räubern.

In einer wüsten Szene kam es im böhmischen Brauhaus in der Landdörger Allee. Hier veranstalteten Mitglieder einer Tanzschule einen Maskenball, zu dem neben den Mitwirkenden nur geladene Gäste Zutritt hatten. Trotzdem hatten sich einzelne zweifelhafte Elemente Eintritt in den Saal zu verschaffen gewagt. Nach dem reichhaltigen Genuß von Spirituosen erstand bald ein Streit und im Anschluß daran eine Schlägerei, bei der Stuhlbeine, Revolver und Messer eine große Rolle spielten, als die Wunde nach Zugang aus einem überbürdigen Lokal erhellt. Während der Ozean in seiner Bedrängnis an die Schupholizei telephonierte, zertrümmerten die meist jugendlichen Purken Mäler, Tische und Stühle und verließen auch sich der Wirtshaus zu demütigen, was ihnen aber nicht gelang, da der Wirt ihnen energisch entgegentrat. Als ein Lokauto mit 20 Personen der Frankfurter Wache eintraf, waren noch etwa 100 Personen in dem Saale anwesend, die sich nach Aufforderung sofort entfernten, während die Mitglieder der Räuberbande zu entkommen suchten. Die Beamten verfolgten die Purken und nahmen einige von ihnen an der Ecke der Landdörger und Reichsstraße fest. Ein anderer Trupp, der auf widerwilligen Anruf nicht handelte, wurde von den Beamten beschossen. Dabei erlitt der 18jährige Arbeiter Otto Köhler einen Schuß in die rechte Wade, der 17jährige Lehrling Erich Engelmann wurde am rechten Oberarm verletzt. Köhler mußte nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen geschafft werden. Die Wundheilung der Wunde verhielt sich im Friedrichshagen im Dunkel der Nacht. In der Tischler Straße konnten noch acht der Aufseher festgesetzt werden.

„Silvesterherze“ französischer Soldaten.

In der Silvesternacht kam es in einem Café am Potsdamer Platz zu großen Ausschreitungen seitens einiger französischer Soldaten, die einer Exzess-Kontrollkommission angehörten. In einem Tisch des Cafés hatten sechs Franzosen, die sich in ungeheuerem Zustand befanden, Platz genommen. In kurzer Zeit gerieten sie mit Wirtin in einen Wortwechsel, dem ein französischer Soldat schließlich dadurch ein Ende bereite, daß er seinen Revolver zog und auf einen Herrn einen Schuß abgab, der glücklicherweise sein Ziel verfehlte und keinerlei Schaden anrichtete. Als der Geschäftsführer des Cafés herbeieilte, um sich ins Mittel zu legen, bedrohte ihn der Franzose gleichfalls mit der Waffe. Das empörte Publikum abermahlte schließlich schließlich den Störenfried, enthielt ihm den Revolver und verabschiedete ihn eine tüchtige Tracht Prügel. Die übrigen fünf Franzosen verließen, ihrem Kameraden zu Hilfe zu kommen, wurden aber durch inselischen eingetroffene Beamte der blauen Polizei gehindert, von ihren Schützlingen Gebrauch zu machen.

Selbstmord am Jahresende.

Am letzten Tage des alten Jahres haben wiederum mehrere Personen freiwillig ihrem Leben ein Ende bereitet. So wurde am Helldorfer Weg 75 die 70 Jahre alte Witwe Emilie Rosenheim am Neujahrstage erhängt aufgefunden. Die alte Frau, die zu Hochzeiten schon wiederholt Selbstmordgedanken geäußert hatte, hatte außerdem auch noch den Hahn der Gaslampe geöffnet. Die 60 Jahre alte Altonaer Arbeiterin Frau Elise Neuter vergiftete sich in ihrer Wohnung, Aufgängerstr. 125, mit Gas. Ebenfalls mit Beerdigung vergiftet hat sich der 78 Jahre alte Handschuhmacher Rudolf Schottke vom Kopenplatz Nr. 10. — Der 58 Jahre alte Arbeiter Viktor Anorr aus der Kranienstr. 105 wurde in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. — In der Landdörger Allee 81 fanden Angehörige des 71 Jahre alten Schlossermeisters Robert Dehlschlager diesen mit Leuchtgas vergiftet tot in seinem Bett. Hier wird angenommen, daß der 29jährige Mann das Opfer eines Unglücksfalles geworden ist. — Die 29 Jahre alte Komoristin Gertrud Jenisch aus der Dammstr. 8 vergiftete sich in der Mulackstr. 25 mit Leuchtgas. — Aus dem Wasser gelandet wurde endlich noch eine unbekannt etwa 50 bis 55 Jahre alte Frau am Mühlentisch. Die unbekannt Tote, die nach dem Leichenschauhaus gebracht wurde, ist 1,60 Meter groß und blond, trug einen braunen Rock, ein schwarzes Jackett, ein granulariertes Halstuch, schwarze Strümpfe und Hülfschuhe. Ihr Trauring ist A. M. geschnitten.

Der Mord in der Krausnickstraße.

Der Täter verhaftet.

Der Mord an dem Kaufmann Moritz Henschke in der Krausnickstraße ist um ein gutes Stück seiner Aufklärung näher gerückt. An der Mordstelle wurde ein Hut aufgefunden, der, wie später festgestellt werden konnte, nicht dem Ermordeten gehörte, sondern einem der Täter. Dieser hat den schwarzen Pelourch Handschuh mitgenommen und seinen eigenen, wahrscheinlich weißer, mit Blut besetzt war, liegen gelassen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben im Laufe des gestrigen Abends noch zu wichtigen Feststellungen geführt. Als der Tat dringend verdächtig wird fest der am 18. Juni 1908 zu Königsberg i. Pr. geborene Chauffeur Erich Witz ge sucht, der sich zuletzt bei seinen Eltern in der Konstanzer Straße aufhalten sollte. Auf seine Spur sind die Beamten durch den in der Kunitzstraße aufgezeichneten Namen Arnold Waibe gekommen. Einer der Personen dieses Namens erkannte, als ihm das Zeitungsblatt mit seinem Namen vorgelegt wurde, die Schrift sofort bestimmt als seine eigene wieder. Da er selbst für die fragliche Zeit seinen Aufenthaltsort einwandfrei nachweisen konnte, so schied er als an dem Verbrechen Beteiligten aus. Die Kriminalpolizei aber ging der so gefundenen Spur weiter nach. Waibe gab an, daß es seine Gewohnheit gewesen sei, seinen Namen niederzuschreiben, weil er Gefallen an der Stell-

schrift gefunden habe und sich nur darin händig über. Zunächst konnte er sich nicht erklären, wie das in ihm beschriftete Zeitungsblatt in den Hut des einen Täters kommen sein konnte. Später kam Waibe auf einen jungen Mann einen solchen Hut, wie er am Tatort gefunden worden ist, gezogen hat und auf den auch die bereits ermittelte Beschreibung eines der beiden Verbrecher paßt. Es ist dies Witz, der nach weiteren Feststellungen dringend verdächtig zu sein, mit einem noch unbekanntem Spiegelfellen den Raubmord verübt zu haben. Witzbaibe angibt, hat er Witz seinerzeit in seiner elterlichen Wohnung besucht, und er erinnert sich auch genau, daß er damals sein Namen auf die „D. Z.“ geschrieben hat, die Witz vor sich ausbreitet hatte, um auf ein Chauffeur-Gesuch zu antworten.

Nach dieser und anderen wichtigen Feststellungen entsandten Kriminalkommissar Kunge und Wexburg sofort Beamten nach der Konstanzer Straße, wo er den Gefaschten aber nicht mehr antraf. Er hatte die elterliche Wohnung verlassen und gesagt, daß er noch am Sonntag oder nach Gelsenkirchen zurückfähre. Es besteht nun der dringende Verdacht, daß Witz der Täter und sein Freund aus Gelsenkirchen sein Spiegelfellen bewahrt hat. Beide werden daher eilig von der Kriminalpolizei gesucht.

Die uns in vorgeschickter Mitteilung wird, wurde der Chauffeur Erich Witz von der Kriminalpolizei festgenommen. Er hatte bereits eine Haftstrafe nach Gelsenkirchen gekostet. Die Kriminalpolizei erkannte mit größter Wahrscheinlichkeit, daß er noch einmal nach Hause zurückkehren und noch einmal in die Waibe'sche Wohnung kommen werde. Sie ließ deshalb außer den Bahnhöfen auch diese beiden Wohnungen. Ihre Vermutung erwies sich als richtig. Gestern Abend nach 8 Uhr erschien Witz bei den Eltern in der Konstanzer Straße und wurde von den Kriminalbeamten festgenommen und mit einer Arreststrafe nach dem Polizeipräsidium gebracht. Hier begann er alsbald mit seinem Verhör. Der Verhaftete gibt seine Beziehungen zu Waibe, dessen Wohnung Kriminalwachtmeister Sogener ermittelte hatte, und die Anzeigen an den Waibe zu, leugnet aber die Tat.

Die Neujahrssitzung d. Stadtverordneten.

Die Tagesordnung der am letzten Donnerstag stattfindenden ersten Sitzung des Stadtparlaments im neuen Jahr weist nicht weniger als 40 Punkte auf, im größten Teil die aus dem alten Jahre unerledigt gebliebenen Anträge, besonders der kommunistischen Fraktion, so eine Reihe von Vorlagen, die noch der Beschlußfassung harren. Zunächst müssen die Stadtverordneten gemäß der Geschäftsordnung die Wahl des Vorstandes vornehmen. Neu zu wählen sind ferner 5 ständige Ausschüsse: für die Verteilung der auf der Stadtlieferanten Stadtverordneten auf die Bezirksversammlungen, die Verwaltung und Jurisprudenz besoldeter Gemeinbediensteten und Lehrer, für die Wahl von unbesoldeten Gemeinbediensteten, für die Wahl und für die Rechnungslegung; diese Ausschüsse bestanden im vorigen Jahre Stadtparlament noch nicht. — Von Wichtigkeit ist in der Neujahrssitzung die Abstimmung über den Antrag der kommunistischen Fraktion wegen der Aufhebung der 33 Elektrizitätsstellen, die in der letzten Sitzung verlegt wurde und nun ohne weitere Aussprache vorgenommen werden soll.

Die Oberbürgermeisterwahl wird sich nicht in der ersten Sitzung des Stadtparlaments im neuen Jahr vorgenommen werden, sondern erst in der zweiten Sitzung. In der Silvestersitzung ist nach den Zusammen der Tribüne die Tagesordnung derart verschleppt worden, daß keine ordentliche Sitzung mehr stattfinden und kein Bericht des Ausschusses über die Wahl des Oberbürgermeisters gegeben werden konnte. Dieser Bericht soll erst am nächsten Donnerstag durch den Stadtverordneten Wibel Manasse erstattet werden.

Weiß davon das Wohnungswesen?

In Berlin werten Zehntausende auf Zuwachs von Wohnungen. Dabei sind immer noch nicht alle Wohnungen geeigneten Räume nutzbar gemacht. Auf dem Grundstück Reanderstr. 11a wären im Erdgeschoß des Quergebäudes noch vier kleine Wohnungen zu gewinnen. Die Räume waren früher als Wohnungen eingerichtet, dienten nun als Lager- und Speisekammer und sind seit vielen Monaten leer ungenutzt. Die Eigentümerin, Frau W. W., hat die Räume nicht zu nutzen. In demselben Hause wurde vor einiger Zeit ein Restaurant und Speisekammer angrenzender Wohnräume vergrößert, was allei Bauarbeiten erforderlich. Da scheint man sich an der Kostenfrage nicht gekümmert zu haben. Weiß von diesen Dingen das Wohnungswesen?

Städtische Speisehäuser? Infolge der angelegentlichsten Klage von gemeinnützigen Speisevereinen hat ein Kopfgeldbauauftrag für Gemeinschaftsküchen, Kollendörferstr. 29/30, beantragt, daß der Magistrat Berlin durch Übernehmung dieser Küchen einen Ausbau und Erweiterung der städtischen Speisekassen ermöglichen möchte. Gleichzeitig wird eine zehnjährige Reform der Volkspeisung angeregt, damit das städtische Essen geländereiche Essen adwechslungsreicher als bisher verabsolgt werden kann.

Ein Kongress für die ungarischen Flüchtlinge veranstaltete die Unterzeichnungskommission der Arbeiterkassen Groß-Berlins am Sonntag in der Philharmonie unter der Mithridate des wohnungsgeheften Arbeitervereins Reinhold und mehrerer sozialistischer und sozialdemokratischer Vereine, von denen der Pilsener-Bezirk der städtischen Volkskassen für Slavien besonders hervorgehoben wert erheben. Zu Beginn gab unser ungarischer Genosse Schwarz einen kurzen aber sehr eindringlichen Hinweis auf die Kulturkatastrophe des weißen Schreckens in Ungarn, der auf den roten Terror gefolgt ist und jetzt seine Schranken in der Beziehung des Schwandurteils gegen die Volkskommunale der Pöster und in dem angeblichen Kollener Text gegen Kriegsgefangene ungarische Offiziere findet. Die ersten Russische, die folgen waren rein magyarisch und zeigten in der Tat den weiten Abstand dieser von der europäischen Kultur.

Zum Leidensgedächtnis Legens ist zu berichten, daß nicht der Hauptverband des Vereines Arbeiterjugend, sondern der Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, die vormalige Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, deren Winkler der Gen. Legens längere Zeit war, einen Kranz am Grabe Legens niedergelegt hat.

Posten, die auf Karten, aber nicht auf Briefen gelten. Deutsche Briefmarken, die auf Postkarten, aber nicht auf Briefen gelten, gibt es seit Neuland. Die Briefmarken der Reichspost zu 2, 2½, 3 und 7½ Pf. werden seit der letzten Gebührensordnung nicht mehr gebraucht. Sie wurden deshalb mit dem Ende des Monats August außer Geltung gesetzt. Man dürfte sie aber noch wie vor noch im September zur Ergänzung von Postkarten verwenden. Bald darauf wurden aber die für ungültig erklärten Briefmarken wieder für vollwertig erklärt. Jetzt sind sie wiederum außer Kurs gesetzt worden. Man kann sie aber noch wie vor auf Postkarten zur Ergänzung verwenden, so daß es wieder Marken gibt, die auf Karten, aber nicht auf Briefen gelten.

Wahlungsliste. Der erste Abend aus der Vorkonferenz des Vereines Ernst Hellmann, Redebühne (Wendehelm), beginnt heute Abend um 7 Uhr im Festsaal des Vereins, Lindenstr. 8, II. Hof III. Im 1. Obergeschoss zum Preise von 3 M. für Männer und Frauen sind am Eingang des Saales zu haben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Seite, 3. Januar.

7. Kreis, Charlottenburg, 7½ Uhr, im kleinen Saal des „Vollhauses“, Rosenstraße 4: Verammlung der Elternvereine, Ausschüssen und Eltern der S.P.D. Charlottenburg. Thema: Die Beziehungen zur die Wählenden an den Schulen. Referent: Genosse C. Reiches. Wichtige Beschlüsse erörtert.
Kreislösung, 20. Kreis, Verammlung der Elternvereine abends 6½ Uhr, im der Aula der IV. Gemeindefabrik (Willy Bahnhof Charlottenburg) Thema: Die weltliche Schule. Referent: Genosse Spanide.
Kreislösung, 108. Sitzung (amtlicher Funktionäre der Abteilung abends 7 Uhr, bei Stephan, Groppestr. 1.

Zugendveranstaltungen.

Seite, abends 7½ Uhr:

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, N.W. 40, In den Joffen 25.
Charlottenburg, Rosenstr. 4: Schachabend. — Anhalter Arnoldstr. 25: Mädchenabend. — Kollendörferstr. 44: Wirtshausversammlung. — Reußstr. 11: Mädchenabend. — Tarnow. — Kreisvereine. — Verein Arbeiter-Jugend, Sonnenburger Str. 20: Tarnow. — Schachabend. — Sonnenburger Str. 20: Mädchenabend. — Arbeiterklub, Rosenstr. 17: Wichtige Beschlüsse. — Steglitz-Triebemann, Offenbacher Str. 5: Jahresabschluss.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Republikanischer Vortrags-Verein, 9 (Arden), Dienstag, den 4. Januar, abends 7 Uhr, Volksh. 41, Schöneberg. — Der Vortragsverein zur Erneuerung des Arbeiterbewusstseins, 10. Januar, abends 7 Uhr, Volksh. 41, Schöneberg. — Der Vortragsverein zur Erneuerung des Arbeiterbewusstseins, 10. Januar, abends 7 Uhr, Volksh. 41, Schöneberg. — Der Vortragsverein zur Erneuerung des Arbeiterbewusstseins, 10. Januar, abends 7 Uhr, Volksh. 41, Schöneberg.

Sport.

Das Dresdener Reichtagsrennen endet am Neujahrstag abends 10 Uhr mit dem Siege Lorenz-Stabes, nachdem die Mannschaft von Hegerer am letzten Tage abends infolge Sturzperforations Mäts ausgeschieden war. Als zweite lagen bis zum Schluss die Spitzengruppe Saldow-Tiemer, als dritte Stiller-Haus, Paderbusch. Eine Stunde zurück erzielten als letzte Gehr-Haus, als letzte Thomas-Brugkat, als letzte Stiller-Haus. — Am Neujahrstag abends 7.30 Uhr, im Vorkonferenzsaal auf den Engländer Tom Cowler, der, wie erinnerlich, im Sportklub den italienischen Scherengrenzümler Ermilio Spalla in fünf Runden besiegte. Nach England zurückgeführt, schlug er dort den der besten europäischen Klasse angehörenden Franzosen Paul Journet ebenfalls in der fünften Runde.

Wirtschaft

Vom Metallarbeiter zum Doktor-Ing.

Die Berliner Technische Hochschule hat dem früheren Direktor der Auer-Gesellschaft, Hermann Remané, die Würde eines Dr.-Ing. verliehen und damit zugleich die Verdienste dieses unermüdeten Technikers um die Entwicklung der Beleuchtungsindustrie anerkannt. Remané, der im 57. Lebensjahre steht, hat sich aus der beidenseitigen Stellung zu einem Führer der Industrie emporgearbeitet. Nach dem Besuch der Volkshochschule in seinem Heimatort Gromzow (Kreis Angermünde) kam er nach Berlin. Hier war er als Metallarbeiter in verschiedenen Metallbetrieben tätig. Die Abendstunden benutzte er fleißig zu seiner Fortbildung, besuchte u. a. die Vorkonferenzschule. Ein Stipendium aus der Stiftung der Berliner Gewerbeausstellung ließ ihn in den Abendstunden seine technische Bildung zu ergänzen. Als achtzehnjähriger kam er in das Glühlampenwerk der Firma Siemens u. Halske. Hier arbeitete er sich vom einfachen Mechaniker zum Betriebsleiter empor. 1900 übertrug man die Auer-Gesellschaft die Leitung ihres Glühlampenwerks mit der besonderen Aufgabe, die damals von Auer v. Welsbach erdachte Osram-Lampen-Erfindung in die Praxis einzuführen. 1902 konnte bereits das von ihm geschaffene Glühlampenwerk der Auer-Gesellschaft in regelmäßigem Betrieb die Osram-Lampe herstellen. Auch bei der Fabrikation der Osram-Lampe (Osram-Lampe) war Remané in hervorragender Weise tätig.

Personalien. Gen. Dr. A. Striemer scheidet heute aus unserer Redaktion, für ihn tritt Gen. Kurt Saterus wieder ein. Gen. Striemer, der bereits seit Beginn die Reichs-Rätezeitung des A. D. V. redigiert, wird wissenschaftlich für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund tätig sein.

Der Wagenmangel für Kohlentransporte. Laut II. wurden am 30. Dezember 1920 im Oberschlesischen Revier 6223 Wagen gestellt und 9385 beladen zurückgeföhrt, mit einer Fehlgröße von 1358. Am gleichen Tage wurden im Ruhrrevier von 19 025 gestellten Wagen 7425 nicht gestellt. — Dagegen konnte auf den westdeutschen Kanälen der Wasserstraßenverkehr nach Eintritt des Tauwetters wieder aufgenommen werden. Gleichwohl sind infolge der Transportschwierigkeiten die Halbenbestände an Kohle, Koks und Erzleitet im Ruhrgebiet in der Bormode noch um 122 000 Tonnen auf 782 320 Tonnen angewachsen. Auf einzelnen Stellen haben Ueberhörsichten und stellenweise auch Vollhörsichten ausfallen müssen, was natürlich die Kostenförderung nachteilig beeinflusst.

Gewerkschaftsbewegung

Internationale Konferenz der Rheinischhiffahrt.

Am 28. Dezember tagte in Duisburg eine Konferenz der an der Rheinischhiffahrt beteiligten internationalen Transportarbeiterorganisationen. An der Konferenz nahmen teil für Holland der Centrale Bond van Transportarbeiders, für Belgien der Union Belge des Duvriers du Transport, für Antwerpen (4 Delegierte), für Deutschland der Deutsche Transportarbeiterverband, für die Niederlande der Nederlandse Bond van Transportarbeiders (10 Delegierte) und der Verband der Heizer und Maschinenisten (6 Delegierte). Die zur Verhandlung stehende Tagesordnung lautete: „Die Lohn- und Arbeitsbedingungen des belgischen, holländischen und deutschen Rheinischhiffahrers und die gemeinsame Regelung derselben“. Ueber die Verhältnisse in den an der Konferenz vertretenen Ländern berichteten von Hoff (Holland), Kallmann (Belgien) und Rudolph (Deutschland). In der anschließenden öffentlichen Diskussion wird von allen Rednern die dringende Notwendigkeit der gemeinsamen Regelung der Löhne, der Arbeits- und wohnungsfrage, der Arbeitszeit und der Bemannungsfrage anerkannt. Der Niederschlag der Verhandlung wurde in nachstehender einstimmig angenommener Resolution festgelegt: Die internationale Konferenz der Rheinischhiffahrers, vertreten durch den Deutschen Transportarbeiterverband, den Verband der Heizer und Maschinenisten der Union Belge des Duvriers du Transport und den Centralen Bond van Transportarbeiders, abgehalten in Duisburg, am 28. Dezember 1920, hat nach gegenseitiger Antrage über die Verhältnisse in der belgischen, holländischen und deutschen Rheinischhiffahrt die Auffassung, daß in Zukunft gemeinsame Aktionen und gegenseitige Unterstützung zu betreiben werden soll zur Vertretung der Interessen der Rheinischhiffahrer der einzelnen Länder, sowie ferner zur Herbeiführung einheitlicher Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse.

Die Konferenz beschließt die Wahl einer Kommission von Vertretern der 4 Organisationen. Diese Kommission soll die gemeinsamen Interessen der Rheinischhiffahrer in den an der Konferenz beteiligten Ländern vertreten und die gemeinsamen Aktionen und gegenseitige Unterstützung zu betreiben werden soll zur Vertretung der Interessen der Rheinischhiffahrer der einzelnen Länder, sowie ferner zur Herbeiführung einheitlicher Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse.

